Zeitschrift: Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Landesplanung

Band: 40 (1983)

Heft: 10

Artikel: Umweltschutz jenseits des eigenen Zauns

Autor: Frangi, Bruno

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-783533

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Umweltschutz jenseits des eigenen Zauns

Verschiedene Umweltprobleme können mit einer rein nationalistischen Betrachtungsweise nicht gelöst werden, sondern nur im Rahmen der internationalen Solidarität. Der Bundesrat will deshalb auch weiterhin und trotz grossen eigenen Finanzsorgen das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (PNUE) durch einen freiwilligen Beitrag unterstützen. Für die Periode 1984–1987 soll der schweizerische Beitrag pro Jahr 1,2 Mio. Franken betragen.

Von Bruno Frangi, Langenthal

Viele Umweltschutzprobleme können allein auf nationaler Ebene nicht einer Lösung zugeführt werden. Der Kampf gegen das weitere Ansteigen des Kohlendioxidanteils in der Atmosphäre, der Schutz der irdischen Ozonhülle, das Vordringen der Wüsten oder der massive Rückgang der Tropenwälder rufen vielmehr nach grenzüberschreitenden Massnahmen. Die Schweiz gehört bekanntlich der UNO nicht als Vollmitglied an. Eine Botschaft des Bundesrates, welche den Beitritt aus verschiedenen Überlegungen empfiehlt, liegt vor den eidgenössischen Räten. Bis sie durchberaten ist und das Volk zum UNO-Beitritt Stellung beziehen kann, dürfte noch einige Zeit verstreichen. Obschon nicht Vollmitglied hat unser Land schon bislang in verschiedenen UNO-Teilorganisationen mitgewirkt oder gewisse UNO-Programme materiell unterstützt, so auch das Umweltprogramm (PNUE).

Das schweizerische Engagement jenseits des eigenen Zauns begann, wie das der meisten westlichen Industriestaaten, im Jahre 1975, drei Jahre nach der UNO-Umweltkonferenz in Stockholm. Seit dieser Konferenz hat sich der Begriff Umweltschutz gewandelt. Während 1972 vor allem die Aspekte Schutz und Wiederherstellung im Vordergrund standen und die Meinung häufig vertreten wurde, Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung bildeten Gegensätze, laufen heute die Bemühungen dahingehend, durch Vorsorge und vorbeugende Massnahmen Schäden zu verhüten. Die Umwelt wird als ganzheitliches Ökosystem verstanden: Land, Wasser, Pflanzen- und Tierwelt gilt es durch schonende Nutzung zu bewahren.

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen ist ein Organ der UNO-Generalversammlung; es umfasst einen 58köpfigen Verwaltungsrat, ein Sekretariat mit Sitz in Nairobi (Kenia), welches von Dr. Mostafa K. Tolba aus Ägypten geleitet wird. Mit einem Fonds aus freiwilligen Beiträgen werden die Aktivitäten des Umweltprogramms der UNO finanziert. In den Jahren 1973 bis 1977 wurde als Finanzziel ein Fonds von 100 Mio. Dollar angestrebt, diese Summe wurde indes nicht erreicht. Eine später geplante Erhöhung auf 150 Mio. Dollar wurde ebenso nicht realisiert, der PNUE-Verwaltungsrat bemüht sich deshalb seit Jahren, neue Finanzgeber neben den traditionellen Geberländern einzuspannen. Die Programmtätigkeit der PNUE lässt sich wie folgt zusammenfassen: Umweltwache (Erfassung und Überwachung der Umwelt), Fauna und Flora, Schutz der Ozeane und Regionalmeere, Kampf gegen das Vordringen der Wüsten, Erziehung und Information, Umwelt und Entwicklung, Naturkatastrophen. Der Bundesrat schreibt dazu in seiner Botschaft an die eidgenössischen Räte: «Durch seine weltweiten Anstrengungen zur Erfassung und Überwachung der Umwelt hat das PNUE mitgeholfen, die weltumspannende ökologische Interdependenz deutlich zu machen, und eine seiner wichtigsten Aufgaben wird es weiterhin sein, der Erkenntnis zum Durchbruch zu verhelfen, dass die globale wirtschaftliche und politische Sicherheit auch davon abhängt, dass es gelingt, das heikle, aber erreichbare Gleichgewicht zwischen Mensch, Ressourcen, Umwelt und Entwicklung wieder herzustellen.»

Im Mai des vergangenen Jahres hat die PNUE in Nairobi eine Sondersession durchgeführt, an welcher sich der Bundesrat durch den damaligen Vorsteher des Eidgenössischen Departementes des Innern, Hans Hürlimann, vertreten liess. Der schweizerische «Umweltschutzminister» würdigte damals das UNO-Umweltprogramm als Katalysator und Koordinator. An dieser Sondersession wurden vom Verwaltungsrat der UNO-Organisation für die weitere Tätigkeit Prioritäten gesetzt: Schutz der irdischen Ozonhülle, Verhinderung und Bekämpfung von Umweltschäden durch giftige und gefährliche Abfälle, Regelung des internationalen Handels mit giftigen Chemikalien, Verhütung und Bekämpfung von Meeresverschmutzung vom Festland aus. Die Affäre um die Entsorgung der 41 Dioxin-Fässer aus der stillgelegten Fabrik im italienischen Seveso dürfte in breiten Kreisen sichtbar gemacht haben, wie dringlich internationale Lösungen zugunsten einer intakten Umwelt erforderlich sind.

Die Schweiz hat den UNO-Umweltfonds seit 1975 mit einem freiwilligen Beitrag versehen. In den Jahren 1980–1983 betrug er 1,05 Mio. Franken jährlich. Als nicht vertraglich gebundene Zahlung unterlag er allerdings der linearen Subventionskürzung, die im Rahmen des letzten Sparpaketes zur Sanierung der Bundeskasse beschlossen worden ist. So wurden pro Jahr effektiv 945 000

Franken ausbezahlt. Der Bundesrat möchte, obschon er das Problem des eigenen Finanzhaushaltes noch nicht gelöst hat, den schweizerischen Beitrag in den kommenden vier Jahren leicht auf 1,2 Mio. Franken pro Jahr erhöhen. Es würde nicht überraschen, wenn diese Erhöhung, wie der freiwillige Beitrag selbst, bei der Beratung im Parlament auf Widerstand stossen würde. Im Verhältnis zu den 18 Mrd., welche der Bund heute im Jahr gesamthaft aufwendet, macht die starke Million zwar nur einen Bruchteil aus. Angesichts der nach wie vor defizitären Haushaltlage greifen einzelne Sparpolitiker dagegen gerne zum Sparstift, vor allem dort, wo es scheint, dass einheimische Interessen nicht direkt tangiert sind. Eine Distanzierung gegenüber dem UNO-Umweltprogramm aus rein materiellen Überlegungen entspräche indes einer engstirnigen und kurzfristigen Optik, denn die Schweiz sollte, wie der Bundesrat selbst feststellt, «aus Solidarität und im wohlverstandenen eigenen Interesse» weiterhin einen Beitrag leisten.